

Newsletter 4/2020

Liebe Präsidenten und Vorsitzende,
liebe (Haupt-)Geschäftsführer,
liebe Mitglieder des VFB,

die vergangenen Tage und Wochen haben Sie und uns alle stark gefordert. Medizinisch sind vor allem die Heilberufe insgesamt extrem beansprucht, dabei Ärzte und Apotheker, die sich an vorderster Front und mit unvorstellbarem persönlichen Einsatz für unsere Gesellschaft einbringen. Aber auch Rechtsanwälte und Steuerberater, die ihre Mandaten in diesen unüberschaubaren Zeiten durch das Dickicht an Neuerungen lotsen, immer mit dem Ziel, die Auswirkungen für ihre Mandantschaft so gering wie möglich zu halten. Ingenieure, die von einem Tag auf den anderen Tag ihren Fokus vom bisherigen Projekt weg richten, hin zu neuen Herausforderungen technischer Art, die die aktuelle Entwicklung mit sich bringen. Und nicht zu vergessen all jene Freiberufler, die unter Inkaufnahme persönlicher Risiken bis zuletzt ihre Dienstleistungen erbracht haben und dies jetzt aufgrund behördlicher Anordnungen nicht mehr dürfen und nun bisher unvorstellbaren Unsicherheiten ausgesetzt sind.

All diesen Berufsträgern unserer Mitgliedsorganisationen gebührt schon jetzt ein Dank, der gar nicht groß genug ausfallen kann.

Ja, es ist wichtig, dass wir alle, nicht nur die Heilberufe, an unseren Stellen Verantwortung übernehmen und ein Stück Normalität in dieser Krise sicherstellen. Als Freie Berufe sind wir alle gefragt, und es zeigt sich, wie wichtig unser Credo ist, dass wir in der Fläche präsent und stabil sein müssen. Dafür brauchen wir Rahmenbedingungen, die unsere meist kleinteiligen Strukturen zukünftig besser fördern, weniger mit Bürokratie belasten oder durch überalterte Gebührenordnungen ausdünnen. Wir brauchen in vielen Bereichen bessere Ausbildungen, mehr Respekt vor unserer Kompetenz, weniger Medienhype, weniger Fremdkapital, welches darauf ausgerichtet ist, Rendite zu erwirtschaften, statt Gesellschaftssysteme mit demokratischen Strukturen zu stabilisieren.

Es freut mich, dass viele Strukturen vor Ort unaufgeregt weiter funktionieren, im Dienste der Allgemeinheit und mit dem Ziel, diese Krise für uns alle beherrschbar zu gestalten.

Es freut mich, wenn ich sehe, was in Ihren Organisationen, den Kammern und Verbänden, geleistet wird: Sie bieten Informationen, organisieren Hilfe, sammeln und bündeln die Anliegen Ihrer Berufsträger und adressieren diese an die Politik – trotz erschwerter

Newsletter 4/2020

Umstände, die so nie zuvor einwirkten oder „auftraten“. Auch hier darf ich Ihnen allen danken!

Wir, das VFB-Präsidium und die VFB-Geschäftsführung, versuchen ebenfalls, uns Freie Berufe zu koordinieren, unsere gemeinsamen Anliegen zusammenzutragen und gegenüber der Politik zu artikulieren. Mit Hilfe unserer neuen Website, eines Sondernewsletters und unserer VFB Informationen versorgen wir Sie mit den aktuellen Informationen zu finanziellen Hilfsmöglichkeiten, arbeitsrechtlichen Auswirkungen und einer Liste, welche Geschäfte und Freie Berufe trotz Ausgangsbeschränkungen weiterhin geöffnet haben dürfen. Durch Abfragen in Ihren Organisationen ermitteln wir die Betroffenheit in den Freien Berufen und erarbeiten Forderungen anhand der gewonnenen Erkenntnisse. Wir stehen hierzu in engem Austausch mit der Bayerischen Staatsregierung, allen voran dem Bayerischen Wirtschaftsministerium.

Unsere Erkenntnisse aus den Umfragen leiten wir auch unserem Bundesverband (BFB) zu, der seinerseits all seine Ressourcen für uns Freie Berufe auf Bundesebene einsetzt.

Bei allen aktuellen Problemen registriere ich insgesamt aber auch einen erstaunlichen gesellschaftlichen Konsens und guten Zusammenhalt, auch Vertrauen in die Verantwortlichen, egal wo sie gerade wirken.

Das macht Mut und den brauchen wir auch für die nächsten Monate. Die Expertise und die Flexibilität von uns Freiberuflern wird gefragt sein in den kommenden Monaten. Die systemrelevante Bedeutung der Freien Berufe wird Politik und Gesellschaft bewusst werden, eine gute Erfahrung in dieser Krise.

Bitte geben Sie Ihre Wünsche und Anregungen an uns weiter und bleiben Sie optimistisch und gesund!

Herzliche Grüße

Ihr


Michael Schwarz

1. Marathon

Bayerns Ärzte-Chef appelliert: Wir sind für Sie da. Bleiben Sie für uns zuhause

„Die SARS-CoV-2-Pandemie ist kein Sprint. Wir alle werden uns auf einen Marathon einstellen müssen und darauf haben wir unterschiedlich gut trainiert. Und wir müssen mit den Schuhen laufen, die wir haben. Das verlangt enormen Einsatz von uns Ärztinnen und Ärzten und führt manche an die Grenze der Belastbarkeit“, beginnt Dr. Gerald Quitterer, Präsident der Bayerischen Landesärztekammer (BLÄK) den Leitartikel der Aprilausgabe des Bayerischen Ärzteblatts.

In der aktuellen Situation verlangsamen nicht Ärzte die Geschwindigkeit der Ausbreitung der Erkrankung, sondern die Disziplin der Menschen. „Die Botschaft heißt: Wir sind für Sie da. Bleiben Sie für uns zuhause (#WirBleibenZuhause, #StayAtHome)“, appelliert Quitterer.

Mehr denn je zeige sich in der Krise, dass die Gesundheit der Menschen ein „konditionales Gut“ sei. Es spreche vieles dafür. Konditionale Güter seien Güter, die wir als zentrale Voraussetzung für die Realisierung von Lebensplänen ansähen. Die Verwirklichung von Gesundheit werde als eine Grundbedingung für die Chancengleichheit in unserer Gesellschaft angesehen. Konsequenz zu Ende gedacht hieße dies, dass wir auf dem Gesundheitssektor keine wesentlichen Einschränkungen hinnehmen sollten. Das Ergebnis müsse lauten: „Krisensichere Gesundheitsversorgung ist teurer, als wir aktuell bereit sind hierfür zu zahlen. Somit wirft diese SARS-CoV-2-Pandemie auch die Frage nach dem Wert und den damit verbundenen Vorhaltekosten auf“, schreibt Bayerns Ärzte-Chef.

Mit gemeinsamer Anstrengung müsse die ärztliche Versorgung der an COVID-19-Erkrankten, aber auch aller anderen Behandlungsbedürftigen so gut und professionell wie möglich sichergestellt werden. „Hierfür benötigen wir aktuell neue Formen der Betreuung und Aufgabenteilungen. Wir brauchen die erforderlichen technischen und medikamentösen Ressourcen, wie Beatmungsgeräte, Schutzausrüstung oder Narkosemittel. Und wir benötigen in der „Nach-SARS-CoV-2-Pandemie-Zeit“ eine aufrichtige Diskussion, wie viel uns jederzeit abrufbare ärztliche Leistung wert ist und was die Gesundheitsversorgung für die Bewältigung der nächsten Herausforderung erfordert.

Mehr zu „Marathon“ lesen Sie im Leitartikel der Aprilausgabe 2020 des Bayerischen Ärzteblattes unter www.bayerisches-aerzteblatt.de.

Newsletter 4/2020

2. Neue VFB-Homepage

Bitte werfen Sie einen Blick hinein: www.freiberufe-bayern.de

Alles Neu macht der Mai! Ganz so lange hat es bei uns glücklicherweise nicht gedauert und so freut es uns sehr, Ihnen heute mitteilen zu können, dass wir den Relaunch unserer VFB-Homepage in diesen Tagen abschließen konnten. Die VFB-Homepage erstrahlt ab sofort im neuen Glanz und Layout. Und vor allem auch mit neuen Funktionen und aktuellen Inhalten!

Gleich auf der Startseite nach der Slideshow finden Sie - der aktuellen Situation geschuldet - einen Button zur Corona-Pandemie. Dort bündeln und aktualisieren wir viele wichtige Informationen im Überblick für Sie und Ihre Mitglieder. Speziell möchten wir Sie auf die Rubrik „Finanzielle Hilfsmaßnahmen“ aufmerksam machen. Das Bayerische Wirtschaftsministerium kann sich vor Anfragen dieser Art von Freiberuflern kaum retten, weshalb wir alle um Mithilfe gebeten wurden. Wir würden uns freuen, wenn Sie den folgenden Link also Ihren Mitarbeitern und Mitgliedern zur Verfügung stellen.

<https://www.freiberufe-bayern.de/finanzielle-hilfsmassnahmen/>

Wir sind Ihnen dankbar, wenn Sie trotz der momentan angespannten Situation Zeit finden, einen Blick auf unsere neue Homepage zu werfen. Selbstverständlich sind wir für Ihre Anregungen jederzeit offen!

Mit besten Grüßen und bleiben Sie gesund,

Ihr
VFB-Team

3. Freiwillige Ärzte und Medizinstudenten helfen in der Krise

Erfassung von Angebot und Bedarf

Zur besseren Bewältigung der SARS-CoV-2-Pandemie kann es notwendig werden, in den nächsten Wochen schnellstmöglich die Kapazitäten der ärztlichen Versorgung von SARS-CoV-2-Verdachtsfällen und Patienten zu erhöhen beziehungsweise die bereits tätige Ärzteschaft zu entlasten.

Daher erheben das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit und Pflege (StMGP) sowie die Bayerische Landesärztekammer (BLÄK) sowohl das Angebot als auch den Bedarf an freiwilligen Ärzten und Medizinstudenten, die in der SARS-CoV-2-Pandemie unterstützend tätig werden möchten.

So werden alle nicht bereits in medizinische Versorgungsstrukturen eingebundenen Ärztinnen und Ärzte sowie Medizinstudentinnen und Medizinstudenten um Unterstützung zur Deckung der erheblichen zusätzlichen Personalbedarfe gebeten. Des Weiteren werden alle Arztpraxen, Medizinischen Versorgungszentren, Gesundheitsämter, Betreiber von Bürgertelefonen etc. gebeten, ihren Bedarf an zusätzlicher ärztlicher Mitarbeit bei der BLÄK zu melden.

„Um Angebot und Bedarf an zusätzlicher ärztlicher Mitarbeit zueinander zu bringen, hat die BLÄK eine Website erstellt, auf der sich die angesprochenen Zielgruppen eintragen können“, sagte BLÄK-Präsident Dr. Gerald Quitterer.

Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml betonte: „Unsere Ärztinnen und Ärzte verdienen für ihren engagierten Einsatz gegen die Corona-Pandemie große Anerkennung! Derzeit lässt sich nicht voraussagen, wie sich die Infektionslage in Bayern entwickelt. Deshalb bitten wir alle Mediziner, die nicht ohnehin schon im Dienst sind, um ihre Unterstützung. Auch Studierende sind dabei willkommen!“

Zu finden ist die Website unter folgender Internetadresse:

<https://freiwillige.blaek.de>

Unter dem Reiter „Angebot für stationäre Versorgungsstrukturen“ haben Ärzte und Medizinstudenten dort die Möglichkeit, sich zu registrieren, wenn sie Kliniken und Krankenhäuser bei der stationären medizinischen Versorgung unterstützen wollen.

Newsletter 4/2020

Für den Fall des Einsatzes möchten wir bereits jetzt darauf hinweisen, dass aktuelle Arbeitsverträge bestehen bleiben und die Betroffenen zu diesem Zweck unter Lohnersatz beziehungsweise Lohnfortzahlung freigestellt werden. Der Einsatz wird ausschließlich während der SARS-CoV-2-Pandemie andauern.

Unter dem Reiter „Bedarf im ambulanten Sektor und im Öffentlichen Gesundheitsdienst“ können hingegen alle Institutionen des Gesundheitssystems, außer Krankenhäusern und Kliniken, ihren Bedarf an ärztlicher Mitarbeit eintragen.

„Es verdient große Anerkennung, dass freiwillige Ärztinnen und Ärzte sowie Medizinstudentinnen und Medizinstudenten in der SARS-CoV-2-Krise helfen. Allen Akteuren im Gesundheitswesen – egal ob hauptamtlich oder freiwillig tätig – möchte ich für ihre Mitwirkung ganz besonderes danken“, so Qwitterer abschließend.

4. Huml ruft Pflegekräfte, die derzeit nicht in ihrem Beruf tätig sind, zur Unterstützung im Kampf gegen die Coronavirus-Pandemie auf

Gemeinsamer Appell mit der Vereinigung der Pflegenden in Bayern

Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml hat Pflegekräfte, die derzeit nicht in ihrem Beruf tätig sind, dazu aufgerufen, im Kampf gegen die Corona-Pandemie mitzuwirken und sich zu einem Einsatz bereit zu erklären. Huml betonte: "Derzeit ist nicht sicher absehbar, wie sich die Pandemie weiter entwickeln wird. Es ist wichtig, dass wir im Gesundheitswesen auf große Herausforderungen vorbereitet sind. Deshalb bitte ich alle Pflegefachkräfte, alle Pflegehilfskräfte sowie Medizinisch-technische Assistenten (MTRA, MTLA) und Medizinische Fachangestellte (MFA), die aktuell nicht in diesem Beruf arbeiten und keiner Risikogruppe angehören, um Unterstützung."

Die Ministerin fügte hinzu: "Gemeinsam mit der Vereinigung der Pflegenden in Bayern konnten wir eine Online-Plattform entwickeln. Über die Website www.pflegepool-bayern.de kann ab sofort jeder unkompliziert seine Daten hinterlegen.

Klar ist dabei: Die persönlichen Daten werden ausschließlich zur Bekämpfung der Corona-Pandemie verwendet und zur Vermittlung weitergegeben. Im Bedarfsfall erfolgt eine unmittelbare Kontaktaufnahme und Zuweisung zu einem regionalen Einsatzort."

Für den Fall eines Einsatzes bleibt der aktuelle Arbeitsvertrag bestehen. Wer unterstützt, wird unter Lohnersatz bzw. Lohnfortzahlung von der gegenwärtigen beruflichen Tätigkeit (auf der Basis geltenden Rechts oder einer in Kürze zur Verabschiedung vorgesehenen gesetzlichen Regelung) freigestellt. Der Einsatz wird ausschließlich während der Corona-Pandemie andauern.

Die Ministerin dankte zugleich erneut allen Pflegekräften für ihre engagierte Arbeit. Sie unterstrich: "Unsere Pflegekräfte stehen beim Kampf gegen das Coronavirus wie die Ärzte an vorderster Front. Für ihren hervorragenden Einsatz bin ich sehr dankbar."

5. VFB-Mitgliederumfrage zu den Auswirkungen der Corona-Krise

Notfallfonds am wichtigsten, gefolgt von Kurzarbeitergeld ohne Quorum und zinsfreier Stundung von Steuerzahlungen

Der Verband Freier Berufe in Bayern e.V. (VFB) hat eine Abfrage nach politischen Forderungen der Freiberufler an die Bundesregierung im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Corona-Virus-Folgen bei seinen Mitgliedern gestartet. Daran haben Heilberufe, rechts- und steuerberatende Berufe sowie technische Berufe teilgenommen.

Folgende Fragen wurden gestellt:

1. Erwarten Sie, dass Sie als Freiberufler(-gruppe) durch die Corona Epidemie bzw. deren Auswirkungen relevante bzw. das Fortbestehen gefährdende wirtschaftliche Einbußen erleiden?
2. Gibt es anderweitige Herausforderungen, welche durch die Corona Epidemie veranlasst sind und zum Beispiel gesetzliche Maßnahmen erfordern? Welche Maßnahmen würden helfen?
3. Sonstige Maßnahmen mit besonderem Freiberuflerbezug

Die Umfrageergebnisse zusammengefasst:

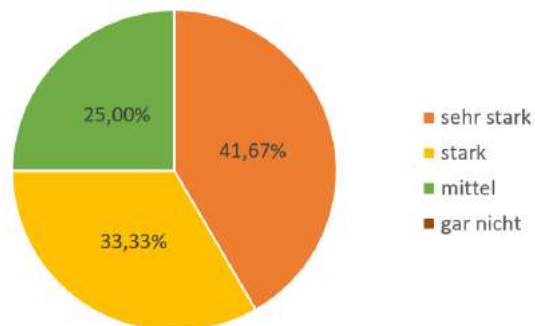
- Drei Viertel der Befragten befürchten deutliche Einbußen.
- Notfallfonds am wichtigsten, gefolgt von Kurzarbeitergeld ohne Quorum und zinsfreier Stundung von Steuerzahlungen.

Die Umfrage liegt dem Bayerischen Wirtschaftsministerium vor. Zentrales Anliegen des VFB ist, dass bei den Schutzmaßnahmen der Politik vollumfänglich auch die Freien Berufe einbezogen werden und auf spezifisch freiberufliche Anliegen und Besonderheiten Rücksicht genommen wird.

Die Umfrageergebnisse im Detail:

1. **Erwarten Sie, dass Sie als Freiberufler(-gruppe) durch die Corona Epidemie bzw. deren Auswirkungen relevante bzw. das Fortbestehen gefährdende wirtschaftliche Einbußen erleiden?**

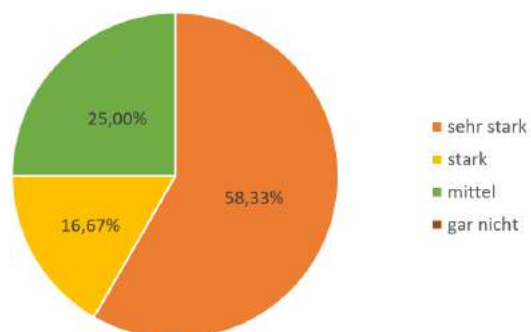
- ja 100 %
- nein
- Enthaltung



2. **Gibt es anderweitige Herausforderungen, welche durch die Corona Epidemie veranlasst sind und zum Beispiel gesetzliche Maßnahmen erfordern? Welche Maßnahmen würden helfen?**

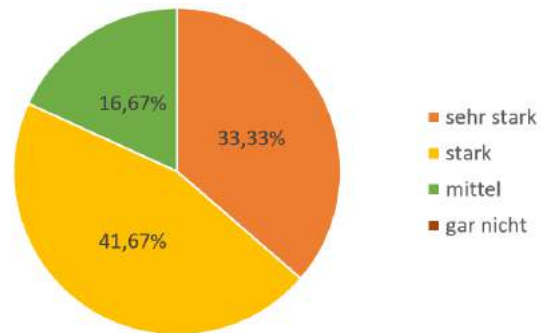
2.1 **Generelle zinsfreie Stundung von Steuerzahlungen für mindestens 12 Monate**

- ja 100 %
- nein
- Enthaltung



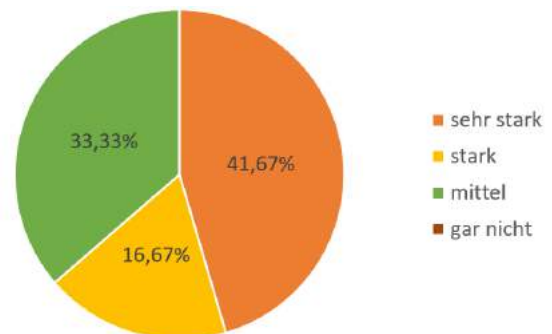
2.2 Verbesserungen der Abschreibungsbedingungen

- ja 91,67 %
- nein
- Enthaltung 8,33 %



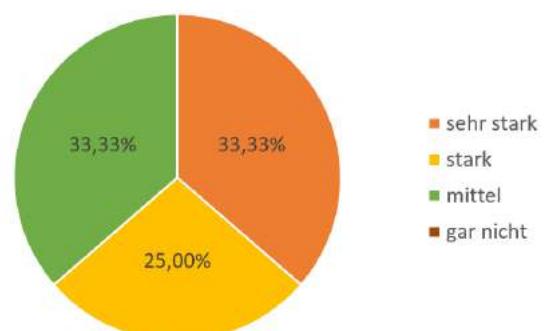
2.3 Ausreichende Mittel in Form von Kredithilfen und Bürgschaften (durch Sparkassen und Genossenschaftsbanken)

- ja 91,67 %
- nein
- Enthaltung 8,33 %



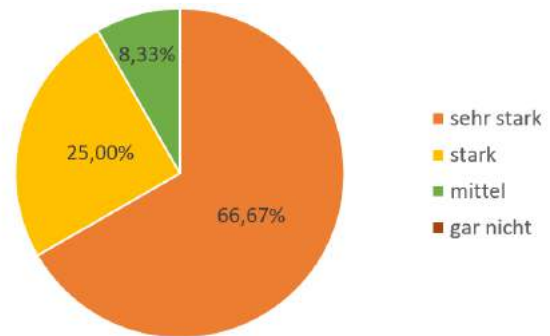
2.4 Vorziehen der für 2021 geplanten Abschaffung des Solidaritätszuschlags und Ausweitung auf alle Steuerzahler

- ja 91,66 %
- nein
- Enthaltung 8,34 %



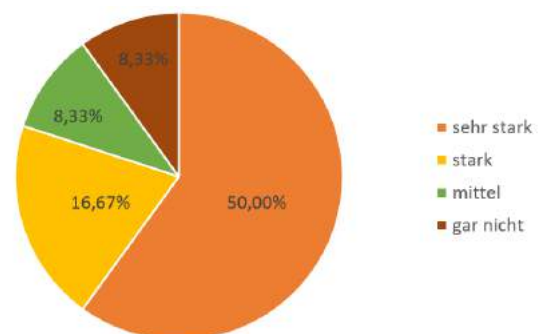
2.5 Notfallfonds ohne Kreditcharakter

- ja 100 %
- nein
- Enthaltung



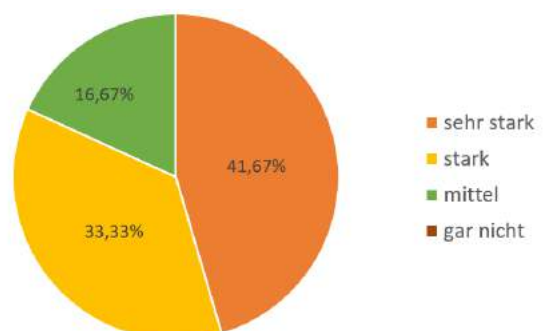
2.6 Ausreichendes Angebot an Betriebsmittelkrediten zur Finanzierung des laufenden Geschäfts

- ja 83,33 %
- nein
- Enthaltung 16,67 %



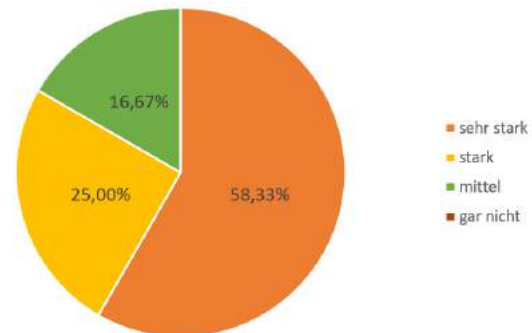
2.7 Bezug von ALG II bei "Null" Einnahmen

- ja 91,67 %
- nein
- Enthaltung 8,33 %



2.8 Kurzarbeitergeld ohne jedes Quorum (Absenkung auf sogar unter 10 Prozent der im Betrieb Beschäftigten, wie jetzt geplant)

- ja 100 %
 nein
 Enthaltung



3. Sonstige Maßnahmen mit besonderem Freiberuflerbezug

Zahnärzte: Wir bitten dringend darum, dass die konkreten Vorschläge der Zahnärzteschaft zum Bürokratieabbau und zur Entlastung der Praxen von unnötigen Verwaltungsaufwand nunmehr umgesetzt werden.

Apotheker: Die in den vergangenen Jahren durch die Politik erfolgte Förderung ausländischer Versandapotheken ist baldmöglichst zu beenden. Millionen von Arzneimittelpackungen, die für den deutschen Markt vorgesehen sind, lagern jenseits der Grenze in den Niederlanden und werden bei Grenzschließung der Versorgung der deutschen Bevölkerung entzogen. Bestehende Lieferengpässe werden dadurch noch zusätzlich verschärft. Zudem kann eine ausländische Aktiengesellschaft nicht verpflichtet oder gezwungen werden, im Krisenfall nach Deutschland zu liefern. Vielmehr steht zu befürchten, dass im Sinne der Anteilseigner die Arzneimittelvorräte meistbietend veräußert werden. Die Politik muss endlich wieder die Versorgungsstrukturen bei Arzneimitteln vor Ort und im Inland stärken und dazu die entsprechenden politischen Entscheidungen treffen.

Darüber hinaus sind die derzeitigen Rabattverträge der gesetzlichen Krankenkassen auszusetzen, um die Versorgung der Bevölkerung unbürokratisch sicherzustellen und die Apotheken bei Nichterfüllung vor wirtschaftlichen Schäden durch Retaxationen der Krankenkassen zu bewahren.

Physiotherapeuten: Schaffung eines Schutzschilds für Heilmittelpraxen aus den Mitteln der GKV zum Erhalt der flächendeckenden Versorgung der Bevölkerung mit Ausgleichssätzen orientiert am durchschnittlichen Umsatz der beantragenden Praxis aus dem Jahr 2019.

Newsletter 4/2020

Architekten:

- Sicherung der Liquidität hat oberste Priorität: Betriebsmittelkredite sind dabei von besonderer Bedeutung; entscheidend wird sein, ob die Konditionen attraktiv sind. Persönliche Haftung sollte ausgeschlossen sein; ggf. der Staat als Bürge einspringen.
- Entscheidungsträger müssen im Einsatz bleiben: Für die Bauwirtschaft ist es unabdingbar, dass Bauherren zeitnah für den Fortgang des Vorhabens erforderliche Entscheidungen treffen. Insofern ist insbesondere in Ämtern sicherzustellen, dass ein Notbetrieb aufrecht erhalten wird, um die Bauherrenfunktion ausüben zu können: Rechnungen müssen bezahlt, insbesondere Abschlagszahlungen, ohne großen Aufwand freigegeben werden. Hier sind insbesondere die Kommunen angesprochen!
- Fristen und Termine: Es dürfte sich von selbst verstehen, dass vereinbarte Fristen nunmehr keine Gültigkeit haben und einvernehmlich angepasst werden.
- Kredite sind nur dann relevant, wenn diese danach durch ein positives Geschäftsergebnis wieder abgelöst werden können – dies ist in den nächsten Jahren zweifelhaft.
- Erleichterung Kündigungsschutz um aus wirtschaftlichen Gründen notwendige Kündigungen zum Schutz des Büros schnell durchführen zu können.
- Verbesserung der Abschreibungsbedingungen bedingt, dass Investitionen nach Abschluss der Krise mit ihren hohen finanziellen Belastungen getätigt werden können. Dies ist ebenfalls zweifelhaft.
- Konjunkturprogramme der öffentlichen Hand speziell für Aufträge an die freien Berufe und nicht nur an die Industrie
- Kreditvergabe muss ohne Bonitätsprüfung stattfinden
- Ausfallgeld für erhöhten Aufwand für Kinderbetreuung

Ingenieure:

Die Öffentliche Hand und deren Organisationen müssen sicherstellen, dass Rechnungen schnell und zügig gezahlt werden. Außerdem muss dafür gesorgt werden, dass der digitale Austausch per E-Mail und Plattformen für den Datenaustausch sichergestellt und ausgebaut wird.

6. Corona-Pandemie: Zahnärzte richten Notdienst unter der Woche ein

Jeder Schmerzpatient findet einen Zahnarzt

Aufgrund der Corona-Pandemie richtet die Kassenzahnärztliche Vereinigung Bayerns (KZVB) einen zahnärztlichen Notdienst unter der Woche ein – zusätzlich zum laufenden Praxisbetrieb. Teilnehmen können daran alle Praxen, die behandlungsfähig sind. Patienten, die einen Zahnarzttermin brauchen, werden gebeten, zunächst telefonisch ihren Hauszahnarzt zu kontaktieren. Sollte diese Praxis den Betrieb eingestellt haben, können Patienten eine der Praxen aufsuchen, die sich für den Notdienst unter der Woche gemeldet hat. Die KZVB erstellt eine entsprechende Liste, die auf kzvb.de stehen wird.

Zahlreiche Praxen haben der KZVB mitgeteilt, dass sie aufgrund fehlender persönlicher Schutzausrüstung (Mundschutz, Handschuhe) bzw. Desinfektionsmittel sowie wegen Ausfällen beim Praxispersonal bereits jetzt oder in Kürze nicht mehr behandlungsfähig sind.

Gleichzeitig haben viele Kollegen erklärt, dass sie weiterhin für die Behandlung von Schmerzpatienten zur Verfügung stehen. „Wir danken den Kolleginnen und Kollegen ausdrücklich dafür dass Sie sich in dieser schwierigen Zeit solidarisch zeigen und eine Notversorgung aufrechterhalten. Wir appellieren aber auch an die Patienten, derzeit nur unaufschiebbare Behandlungen durchführen zu lassen. Es besteht nach Ansicht des Robert-Koch-Instituts zwar kein Infektionsrisiko beim Zahnarzt, wenn alle Schutzvorkehrungen eingehalten werden. Dennoch sollen Sozialkontakte auf ein Mindestmaß reduziert werden. Und dazu gehören nun einmal auch aufschiebbare Zahnarztbesuche. Was aufgeschoben werden kann, entscheiden eigenverantwortlich der Behandler und der Patient“, so Christian Berger, Präsident der Bayerischen Landeszahnärztekammer und Vorsitzender der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Bayerns.

Patienten werden gebeten, vor einem Zahnarztbesuch unbedingt telefonisch einen Termin zu vereinbaren, um die Kontakte im Wartezimmer auf ein Mindestmaß zu reduzieren.

Weiter aufrechterhalten wird auch der zahnärztliche **Notdienst am Wochenende**, den Sie auf notdienst-zahn.de finden. Auch hier wird um vorherige telefonische

Newsletter 4/2020

Terminvereinbarung gebeten. Schmerzpatienten sollen dem Zahnarzt vor der Behandlung mitteilen, ob sie grippeähnliche Symptome haben oder Kontakt zu Infizierten hatten.

Generell gilt, dass der zahnärztliche Notdienst ausschließlich für Schmerzpatienten gedacht ist. Angesichts der Corona-Pandemie bittet die KZVB darum, die Notdienstpraxen nicht mit aufschiebbaren Behandlungen zu belasten.

7. Corona-Pandemie: Flexible Lösungen für Lieferengpässe erforderlich

In der aktuellen Krise bewähren sich die Vorteile der dezentralen Apothekenlandschaft

Apotheken vor Ort sind unverzichtbar – das zeigt sich in der Corona-Krise mehr denn je. Wie andere Angehörige der Gesundheitsberufe leisten die bayerischen Apothekerinnen und Apotheker derzeit ein unermessliches Pensum, um die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen: Sie beraten unermüdlich zu Corona, bekämpfen Lieferengpässe, stellen Desinfektionsmittel her und beliefern Ihre Patientinnen und Patienten per Botendienst. Und das zusätzlich zu Ihrer normalen Tätigkeit während der Erkältungs- und Grippezeit. Damit dies sowohl in der aktuell sich weiter zuspitzenden Lage als auch langfristig weiter gelingen kann, muss die Politik jetzt handeln.

„Gerade in der gegenwärtigen Krise zeigen sich die Vorteile der Arzneimittelversorgung durch die Apotheke vor Ort“, sagt Thomas Benkert, Präsident der Bayerischen Landesapothekerkammer (BLAK). „Wir Apothekerinnen und Apotheker stehen den Menschen immer mit Rat und Tat zur Seite: ob bei der Beratung zu den abgegebenen Arzneimitteln, bei der Herstellung von Individualrezepturen oder im Nacht- und Notdienst. Das kann der Versand nicht leisten. Nun muss die Politik handeln und diese lokale Versorgungsstruktur erhalten und fördern.“ Die BLAK unterstützt die Forderung der ABDA – Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände nach Sofort-Hilfe:

- Geboten ist die bundesweite Aussetzung der Rabattverträge, um die schnellstmögliche Arzneimittelversorgung in der Apotheke zu gewährleisten.
- Zu schaffen sind rechtliche Voraussetzungen für einen vergüteten Botendienst, um insbesondere Ältere und chronisch Kranke zu schützen.
- Apothekenpersonal ist zwingend erforderlich, um die Arzneimittelversorgung vor Ort aufrecht erhalten zu können.

Die Knappheit an Desinfektionsmitteln und Schmerzmitteln hat darüber hinaus bereits seit Beginn der Pandemie ein Schlaglicht auf das strukturelle Problem der Lieferengpässe geworfen. Angesichts des hohen Bedarfs und der global vernetzten Produktions- und Lieferketten bei Arzneimitteln ist damit zu rechnen, dass sich dieses Problem im Verlauf der Corona-Krise zeitverzögert verschärfen wird. Dem muss die Politik entgegenwirken – auch über den Moment hinaus. Wir fordern:

Newsletter 4/2020

- Apotheken benötigen weitgehende Spielräume beim Management von Lieferengpässen.
- Die Produktion von Wirkstoffen und Arzneimitteln muss künftig wieder verstärkt in Ländern der Europäischen Union erfolgen.

Aktuelle Informationen über die Corona-Krise sowie regionale Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner vor Ort unter:

<https://www.blak.de/aktuelles-und-presse/informationen-zum-coronavirus>

8. Besondere psychotherapeutische Versorgung in der Corona-Krise

Sprechstunden und telefonische Kontakte

Aktuell benötigen immer mehr Menschen, die unter den direkten oder indirekten Folgen der Corona-Pandemie leiden, psychotherapeutische Hilfe. Die Pandemie kann Angst und Panik in einem sehr belastenden, aber häufig auch krankheitswertigen Ausmaß auslösen oder verstärken. Auch die Folgen der Pandemie wie Kontaktssperre, Quarantäne oder Existenzängste gehen einher mit psychisch sehr belastenden Situationen, die eine Erkrankung auslösen oder eine bestehende psychische Störung verschlimmern können. Viele Patient*innen psychiatrischer und psychosomatischer Kliniken wurden kurzfristig entlassen, zum Teil um Ansteckungsrisiken zu minimieren, zum Teil auch um Behandlungskapazitäten für COVID-19 Patient*innen zu schaffen.

Für Menschen, die aufgrund einer Corona-Erkrankung oder einer angeordneten Quarantäne in eine psychische Krise geraten, hat die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns (KVB) die Möglichkeit geschaffen, dass Psychotherapeut*innen sie per Videosprechstunde kurzfristig psychotherapeutisch unterstützen können. Eine Liste der Psychotherapeut*innen, die sich hierzu bereit erklärt haben, findet sich auf der Homepage der KVB unter www.kvb.de/service/patienten/coronavirus-infektion/

Der Vorstand der KVB hat außerdem aktuell eine Sonderregelung zur Telefonsprechstunde ermöglicht. Demnach ist Psychotherapeut*innen zunächst bis zum 30. April 2020 die Durchführung und Abrechnung von einzelnen psychotherapeutischen Gesprächen per Telefon möglich. Die PTK Bayern begrüßt diese Regelung, da damit denjenigen Psychotherapiepatient*innen, denen in der aktuellen Lage weder eine Videobehandlung noch ein Besuch in einer psychotherapeutischen Praxis möglich ist, bei Bedarf auch per Telefon ein Angebot zur Krisenintervention, Stabilisierung und zur Aufrechterhaltung von psychotherapeutischen Behandlungen gemacht werden kann. Psychotherapeut*innen werden dabei sehr genau prüfen, ob diese Möglichkeit im Einzelfall und unter diesen besonderen Umständen fachlich angemessen ist.

Die PTK Bayern fordert die Krankenkassen und die Kassenärztliche Bundesvereinigung auf, sich auf eine Verlängerung dieser Regelung über den 30. April hinaus bis zum Ende der Krise zu verständigen und die noch bestehende Begrenzung der Anzahl durchzuführender Kontakte für Psychologische Psychotherapeut*innen und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*innen aufzuheben. Weiterhin sollten auch reguläre

Newsletter 4/2020

**VERBAND
FREIER
BERUFE IN
BAYERN E.V.**

psychotherapeutische Sprechstunden und Akutpsychotherapie sowohl per Video als auch per Telefon zugelassen werden.

Die PTK Bayern bedankt sich bei allen Mitgliedern für Ihren unermüdlichen Einsatz zur Aufrechterhaltung der psychotherapeutischen Versorgung in Bayern in dieser schweren Zeit!

9. KVB startet neues psychotherapeutisches Unterstützungsangebot

Individuelle Beratung per Videosprechstunde

Ein neues Unterstützungsangebot für Menschen, die sich aufgrund der bestehenden Pandemiesituation oder einer angeordneten Quarantäne psychisch belastet fühlen, hat die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns (KVB) in München vorgestellt. Hunderte von psychotherapeutisch tätigen Ärzten, psychologischen Psychotherapeuten sowie Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten sind bayernweit einem Aufruf des Vorstands der KVB gefolgt und bieten individuelle Beratung und Hilfe per Videosprechstunde. Die Kosten für das neuartige Angebot werden von den gesetzlichen Krankenkassen übernommen.

In der Rubrik **Service / Patienten / Coronavirus-Infektion** auf der Internetseite der KVB – www.kvb.de – finden Betroffene ab sofort eine Liste von Ärzten und Psychotherapeuten aus den verschiedenen Bezirken Bayerns, die sich an dem kurzfristig gestarteten Vorhaben beteiligen. Das Angebot richtet sich vor allem an Menschen, die psychisch unter der derzeitigen Situation leiden oder mit der häuslichen Isolierung nicht zurecht kommen. Wer davon Gebrauch machen möchte, hat die Möglichkeit, in der online verfügbaren Liste nach einer Praxis am jeweiligen Wohnort oder auch darüber hinaus zu suchen. Die erste Kontaktaufnahme erfolgt telefonisch, um einen individuellen Termin für eine Video- oder im Einzelfall auch Telefonsprechstunde zu vereinbaren.

Internationale Berichte über mehr häusliche Gewalt oder auch über das vermehrte Auftreten von Panik- und Depressionssymptomen zeigten laut dem Vorstand der KVB, dass ein solches niederschwelliges und unbürokratisch zu nutzendes Angebot dringend notwendig sei. Der Vorstand der KVB – Dr. Wolfgang Krombholz, Dr. Pedro Schmelz und Dr. Claudia Ritter-Rupp – sagte dazu: „Das Coronavirus stellt nicht nur eine extreme Belastungsprobe für die medizinische Versorgung in Kliniken und Praxen dar, sondern ist vor allem eine gewaltige gesamtgesellschaftliche Herausforderung mit noch unklaren Auswirkungen auf unser künftiges Leben. Insofern sind wir sehr dankbar, dass sich hunderte engagierte Kolleginnen und Kollegen an diesem Unterstützungsangebot beteiligen und den Menschen helfen, die unter dem Katastrophenfall und der Pandemie psychisch leiden.“

10. Die Physiotherapiepraxen in Bayern bleiben geöffnet!

Ausgangsbeschränkungen und Notfallbehandlung in der Physiotherapie

Können die Patienten weiterhin zur Physiotherapie kommen?

Ja, denn jeder Arzt, der aktuell eine Verordnung über Physiotherapie ausstellt, wird in der momentanen Situation neben der Frage, ob eine Behandlung medizinisch notwendig ist, auch abwägen, ob eine Behandlung mit Blick auf mögliche Infektionsrisiken dringend erforderlich oder doch aufschiebbar ist.

Bleiben die Physiotherapie-Praxen weiterhin geöffnet?

Ja, nach Aussage der Bundesregierung sollen alle medizinischen Einrichtungen weiterhin geöffnet bleiben. Ein Blick ins europäische Ausland zeigt, dass der Bedarf an Therapieangeboten im ambulanten Bereich bei einem Anstieg der Covid-19-Patienten, die stationär versorgt werden müssen zunimmt, da andere Patientengruppen (z.B. Unfallpatienten) nicht mehr stationär versorgt werden können.

Wäre eine flächendeckende Praxisschließung mit Blick auf die Existenzsicherung nicht die beste Lösung?

Nein, wird die Praxis vom Gesundheitsamt oder einer anderen Behörde als reine Schutzmaßnahme geschlossen (§28 Infektionsschutzgesetz), gelten für die Praxisinhaber keinerlei Ersatzansprüche. Damit würde den Praxen ein ähnliches Schicksal wie den Gastronomen und den Fitness-Studio-Betreiber drohen! Nur eine Schließung aufgrund eines Infektionsfalles in der Praxis im Sinne des § 31 (Ifsg) sichert Praxisinhabern entsprechende Entschädigungen.

Dennoch gilt: Um unserer wichtigen Verantwortung für die Aufrechterhaltung der medizinischen Versorgung in Deutschland nachzukommen, benötigen unsere Physiotherapiepraxen eine entsprechende Ausstattung mit Desinfektionsmitteln, Einmalhandschuhen und Mund-Nasen-Schutz. PHYSIO-DEUTSCHLAND hat deshalb die Landesregierungen aufgefordert, unverzüglich eine Verteilung dieser Artikel an die Praxen vorzunehmen! Außerdem ist die Politik gefragt, schnellstmöglich einen Rettungsschirm über unseren um die Existenz kämpfenden Praxen aufzuspannen.

11. Corona: Gebündelte Informationen und Befragung von Architekten



Foto: Max Lederer

Wie können massive Beeinträchtigungen, die die Corona-Pandemie auslöst, bei der eigenen Berufsausübung vermieden oder zumindest reduziert werden? Aufträge und auch der Bürobetrieb sind vor dem Hintergrund einer herausfordernden Krisenlage täglich neu zu bewerten. Architekten, Innen-, Landschaftsarchitekten und Stadtplaner aller Tätigkeitsarten haben sich deshalb mit ihren individuellen Fragen in den letzten Wochen zahlreich an die Bayerische Architektenkammer gewandt, die zu den aktuellen Entwicklungen mit den anderen Kammern in einem engen Austausch steht.

Auf www.architekten-coronakrise.de haben die Länderarchitektenkammern sämtliche Hinweise zur aktuellen Lage gebündelt.

Newsletter 4/2020

Neben den aufgelegten Förderprogrammen des Bundes können Kammermitglieder dort insbesondere folgende rechtliche Informationen abrufen:

- [FAQ zum Bau-, Architekten- und Vertragsrecht](#)
- [Bau- und Architektenvertragliche Hinweise](#)
- [Hinweise zur Bauleitung/SiGeKo](#)
- [Vergaberechtliche Hinweise und Hinweise zum RPW-Wettbewerb](#)
- [Versicherungsrechtliche Hinweise](#)
- [Arbeitsrechtliche Hinweise](#)

Spezifische Informationen und Hilfsprogramme, die aus bayerischer Sicht zusätzlich wichtig sind, veröffentlicht die Bayerische Architektenkammer weiterhin tagesaktuell auf ihrer [Covid19](#) - Seite und bietet zu ausgewählten Themen Webinare an, wie beispielsweise zu den rechtlichen Auswirkungen von Corona auf den Baustellenbetrieb.

Um mehr über die individuellen Folgen der Corona-Epidemie in den Büros zu erfahren, werden die Architekten- und Ingenieurkammern der Länder im April eine gemeinsam abgestimmte Online-Befragung bei ihren Mitgliedern durchführen, www.architektenbefragung.de. Die Ergebnisse der Umfrage werden u.a. direkt in das Informations- und Beratungsangebot der Kammern einfließen, das dann noch enger an die Bedürfnisse der Mitglieder angepasst sein wird.

Newsletter 4/2020

12. In eigener Sache: 70 Jahre Verband Freier Berufe in Bayern

SAVE THE DATE – 7. Oktober 2020



70 JAHRE VFB

SAVE THE DATE

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Verband Freier Berufe in Bayern e.V. feiert in diesem Jahr sein 70-jähriges Bestehen.

Wir würden diesen besonderen Anlass gerne mit Ihnen gemeinsam am Abend des **7. Oktober 2020** im Schloss Nymphenburg feiern. Bitte merken Sie sich diesen Termin schon heute vor. Eine offizielle Einladung folgt, sobald alle weiteren Details bekannt sind.

Wir freuen uns auf Ihr Kommen!

Ihr

Michael Schwarz

Präsident

13. Landesvorstand Bündnis 90/Die Grünen Bayern trifft VFB

Eva Lettenbauer und Eike Hallitzky im Gespräch mit dem VFB-Präsidium



Von links: VFB-Ehrenpräsident Dr. Fritz Kempter, VFB-Vizepräsident Dr. Bruno Waldvogel, Landesvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bayern Eva Lettenbauer, VFB-Präsident Michael Schwarz, Landesvorsitzender BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bayern Eike Hallitzky, VFB-Vizepräsident Rüdiger von Esebeck

Am 4. März 2020 kamen Mitglieder des VFB-Präsidiums mit dem Landesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen Eva Lettenbauer und Eike Hallitzky zu einem Gespräch in der VFB-Geschäftsstelle in Schwabing zusammen. Von Seiten des VFB nahmen an dem Gespräch VFB-Präsident Michael Schwarz, VFB-Ehrenpräsident Dr. Fritz Kempter, die VFB-Vizepräsidenten Rüdiger von Esebeck und Dr. Bruno Waldvogel und die VFB-Geschäftsführung teil.

Das Gespräch drehte sich zunächst um das Thema Umwelt-/Klimaschutz. Um die oftmals stiefmütterliche Behandlung dieses Themas in der Vergangenheit zu ändern, stimmten die Gesprächsteilnehmer überein, dass eine Auseinandersetzung mit diesem Thema auch aus ökonomischen Gründen Sinn mache und vielfach Chancen bieten kann. Gerade die Freien Berufe wie Architekten oder Ingenieure mit Ihrer Kreativität und

Newsletter 4/2020

lösungsorientierten Arbeitsweise können hierbei Vorbild und Inspiration für viele andere, insbesondere auch für die Politik sein.

Ein weiterer Tagesordnungspunkt war das Thema Bürokratiebelastung, die insbesondere aus dem beruflichen Alltag der Freien Berufe immer stärker angeprangert wird. Dabei waren sich alle Beteiligten schnell einig, dass pauschale Vorwürfe an dieser Stelle nicht weiterhelfen, sondern nur konkrete Verbesserungsvorschläge zum Ziel führen können. So kam man schließlich überein, dass der VFB ebensolche konkreten Vorschläge dem Landesvorstand von Bündnis90/Die Grünen zuleiten werde, damit diese in die politische Meinungsbildung einfließen können.

Von Seiten der Grünen wurde sodann die Frage aufgeworfen, wie in den Freien Berufen die Selbstkontrolle der Berufsträger organisiert sei und funktioniere. Das VFB Präsidium nutzte die Gelegenheit, um darzustellen, dass die Freien Berufe mit dem bewährten Kammersystem über eine staatlich organisierte Berufsaufsicht verfüge, die ihre Aufgaben sehr ernst nehme und selbst wiederum unter der Aufsicht durch die Fachministerien stehen. Im übrigen lege man in den Freien Berufen seit jeher schon großen Wert auf Transparenz, da dies die Grundvoraussetzung für das Vertrauen in die Freien Berufe sei.

Die vielfältige Themenauswahl wurde durch einen abschließenden Austausch zum Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie zum Fachkräftemangel speziell in den Freien Berufen abgerundet. Hierbei stellte man schnell fest, dass durch eine Verbesserung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen wie Kinderbetreuung, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf einhergehe, die sich wiederum positiv auf den spürbaren Fachkräftemangel auswirken würde.

Alle Beteiligten waren sich einig, dass nicht nur zu diesem sondern auch zu allen anderen drängenden Themen ein kontinuierlicher Austausch für beide Seiten von großer Bedeutung ist und sicherten sich hierzu auch in Zukunft ihre gegenseitige Unterstützung zu.

14. Deutliche Mehrheit der bayerischen Physiotherapeuten befürwortet Berufskammer

Rüdiger von Esebeck, Vorstandsmitglied von PHYSIO-DEUTSCHLAND, LV Bayern, und VFB-Vizepräsident: „Von einer Einrichtung einer Kammer für Physiotherapeuten versprechen wir uns vor allem mehr Selbstbestimmung sowie ein demokratischeres Abbild dessen, was die Berufsangehörigen tatsächlich wollen.“

Die Mehrheit der bayerischen Physiotherapeuten steht hinter der Idee einer Physiotherapeutenkammer. Das ergibt die aktuelle Auswertung des Kammer-O-Maten. Der Kammer-O-Mat wurde im vergangenen Jahr von PHYSIO-DEUTSCHLAND, dem größten deutschen Berufsverband für Physiotherapeuten, ins Leben gerufen. Ähnlich wie beim Wahl-O-Mat kann jeder, unabhängig von einer Mitgliedschaft im Berufsverband, unter der Internetadresse www.physiotherapeutenkammer.de mit dem Kammer-O-Maten seine eigenen Ansichten und Argumente zum Thema Physiotherapeutenkammer überprüfen. Abgefragt wird beispielsweise, in wessen Händen künftig die Weiterentwicklung des Berufs liegen, wer die Interessen der Berufsangehörigen gegenüber Politik und Gesellschaft vertreten oder wer die Interessensvertretung finanzieren soll. Gefragt wird auch nach einem aussagekräftigen Beruferegister und nach der Verantwortung für die Qualität der Aus- und Weiterbildungen. Die aktuelle Auswertung des Tools ist eindeutig: 85% der bayerischen Physiotherapeuten stehen hinter den Thesen, die eine Physiotherapeutenkammer vertreten würde. Die Auswertung auf Bundesebene zeigt ähnliche Tendenzen, die Zustimmungquote liegt hier bei über 60 %.

Damit sieht sich Rüdiger von Esebeck, Vorstandsmitglied von PHYSIO-DEUTSCHLAND, LV Bayern und VFB-Vizepräsident, in seiner Arbeit bestätigt. Der Verband spricht sich seit etlichen Jahren für die Gründung einer Kammer aus, ähnlich wie das bereits bei anderen Vertretern der Gesundheitsberufe wie Ärzten, Apothekern oder Psychologen seit vielen Jahren der Fall ist. Auch Pflegekräfte sind in diversen Bundesländern bereits in Kammern organisiert. Das Modell der „Vereinigung der bayerischen Pflegenden“, das 2017 in Bayern für diesen Berufsstand als moderneres und innovativeres Modell etabliert werden sollte, hat sich mangels Zuspruch durch die Pflegenden nicht bewährt. „Von einer Einrichtung einer Kammer für Physiotherapeuten versprechen wir uns vor allem mehr Selbstbestimmung sowie ein demokratischeres Abbild dessen, was die Berufsangehörigen tatsächlich wollen“, sagt von Esebeck.

Newsletter 4/2020

Aktuell sind es praktisch nur die Berufsverbände, die überhaupt auf die Gesundheitspolitik Einfluss nehmen können. Und dieser Einfluss ist begrenzt: durch die Gesetzeslage, die Berufsverbänden in der Regel maximal Anhörungsrechte einräumt, sowie durch die Tatsache, dass überhaupt nur ca. 40 % aller Berufsangehörigen in einem Berufsverband organisiert sind. „Eine Kammer hat beispielsweise in vielen Belangen Mitspracherecht. Damit sind politische Entscheidungen über unsere Köpfe hinweg, wie wir sie leider oft erleben müssen, nicht mehr möglich. Außerdem sind in einer Kammer alle Berufsangehörigen vertreten – alle Berufsangehörigen haben Recht und Stimme und entscheiden gemeinsam und demokratisch.“

Um mit möglichst vielen Berufsangehörigen offen über das für und wider einer Kammer zu diskutieren, hat der Verband eine bayernweite Veranstaltungsserie ins Leben gerufen. Der nächste Termin ist am 27.05.2020 in Rosenheim, alle interessierten Physiotherapeuten sind herzlich eingeladen.

Newsletter 4/2020

15. Konjunkturumfrage der Freien Berufe

Bitte machen Sie mit !

Aktuell erhebt das Institut für Freie Berufe (IFB) im Auftrag des BFB das konjunkturelle Klima in den Freien Berufen.

Gerade jetzt in Zeiten der Corona-Pandemie ist Ihre Teilnahme an unserer Konjunkturumfrage besonders wichtig. Die Freiberufler als bislang am stärksten wachsender Wirtschaftsbereich sind durch das Corona-Virus stark betroffen. Viele der Berufsträger spüren mit voller Wucht Stornierungen und Absagen ihrer Dienstleistungen. Zahlreiche von ihnen sind kleine Einheiten, die nie zuvor durch eine solche Krise herausgefordert wurden und anders als große Unternehmen wenig abgesichert sind.

Neben den Einschätzungen zu wirtschaftlichen Themen wird im Rahmen der Befragung genauer auf die Aspekte der freiberuflichen Gründung und des Nachfolgemanagements eingegangen.

Die Befragung erfolgt absolut anonym und beansprucht etwa 10 Minuten Ihrer Zeit. Wir bitten Sie herzlich um Ihre Unterstützung, da nur so valide Aussagen generiert werden können.

Hier gelangen Sie zur Befragung: www.t1p.de/konjunktur2020

Bis 10.05.2020 ist die Befragung erreichbar.

Die Auswertung erfolgt in Gruppen, es wird z.B. nach Altersklassen oder groben Berufsfeld unterschieden. Zu keinem Zeitpunkt sind Rückschlüsse auf Ihre Person möglich.

Genauer zur vorherigen Konjunkturbefragung im Winter 2019 erfahren Sie hier:

<https://www.freie-berufe.de/pressemitteilungen/prof-dr-ewer-freie-berufe-unverzagt/>